



Bundesregierung kann Bologna-Versprechen nicht einlösen

Pressemitteilung von Nele Hirsch, 18. März 2009

"Die Ministerin lobt sich für den Umstellungsprozess auf die neuen Studiengänge Bachelor/Master. Sie verschleiert jedoch, dass der Bologna-Prozess aber seine zentralen Versprechen gebrochen hat", so Nele Hirsch zur heutigen Vorstellung des aktuellen Bologna-Berichts. Die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Statt europaweit mehr Mobilität zu erreichen, können Studierende kaum noch innerhalb Deutschlands die Hochschule wechseln. Die soziale Dimension gibt es nur auf dem Papier. Die Bundesregierung räumt selbst ein, dass es im Hinblick auf die soziale Herkunft ein Ungleichgewicht bei der Beteiligung an der Hochschulbildung gibt. Betroffen sind hiervon vor allem junge Menschen mit Migrationshintergrund, aus finanzschwachen und bildungsfernen Schichten sowie Studierende mit Behinderungen. Die Bundesregierung muss für eine verlässliche Studienfinanzierung, für mehr und qualitativ hochwertige Studienplätze sorgen und die Benachteiligungen für Studierende mit Behinderungen abstellen. Nicht zuletzt brauchen

Studierende mit Kind mehr Unterstützung und mehr Möglichkeiten ihr Studium in Teilzeit absolvieren zu können. Dies ist nach der Umstellung der Studienstruktur kaum mehr möglich.

DIE LINKE will den Bologna-Prozess auf eine neue soziale und demokratische Grundlage stellen. Statt sich mehr und mehr der Lissabon-Strategie unterzuordnen, muss der UN-Sozialpakt, den fast alle Bologna-Staaten unterzeichnet haben, umgesetzt werden. Er verbietet unter anderem die Einführung von Studiengebühren. Studierende und Sozialpartner müssen außerdem auf allen Ebenen gleichberechtigt bei der Gestaltung und Umsetzung des Prozesses beteiligt werden."